



Nezahat Baradari

Mitglied des Deutschen Bundestages
Kreis Olpe/Märkischer Kreis I



KONTAKT


 **Bundestagsbüro Berlin**
Nezahat Baradari, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
nezahat.baradari@bundestag.de
030 / 22 77 12 60

 **Wahlkreisbüros**

Willy-Brandt-Haus
Breitenfeld 1B
58507 Lüdenscheid
nezahat.baradari.wk02@bundestag.de
027 22 / 6 57 68 84

Niederste Straße 15
57439 Attendorn
nezahat.baradari.wk@bundestag.de
027 22 / 6 57 68 84

 www.nezahat-baradari.de/

 <https://www.facebook.com/Baradari2023/>

 <https://www.instagram.com/nezahatbaradari/>

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde der SPD!

Die Union ist im Bundestag mit ihrem Antrag auf Lieferung deutscher Marschflugkörper vom Typ Taurus mit einer Reichweite von bis zu 500 Kilometern an die Ukraine ein weiteres Mal gescheitert. Eine überdeutliche Mehrheit der Abgeordneten sprach sich gegen die Initiative von CDU und CSU aus. Ich stimme unserem Fraktionschef Rolf Mützenich ausdrücklich zu, wenn er sagt: „Zeitenwenden sind nichts für politische Spielernaturen. Gebraucht wird Verstand, Besonnenheit und Klarheit. Und das tut der Bundeskanzler in der Abwägung, die er als Regierungschef hat“. Unser Kanzler hat Recht, wenn er die Taurus-Lieferung an die Ukraine ausschließt, damit Deutschland nicht zu einer Kriegspartei wird. Das hat nichts mit Misstrauen zu tun, wie die Union wittert, denn: Gemeinsam mit unseren Partnern steht Deutschland fest an der Seite der Ukraine und unterstützt diplomatisch, wirtschaftlich, humanitär und militärisch – und zwar als weltweit zweitgrößter Unterstützer nach den USA.

Der UN-Sicherheitsrat hat eine Waffenruhe im Gazastreifen gefordert. Die USA haben kein Veto eingelegt und sich enthalten. Das ist ein bemerkenswerter Schritt, weil die Vereinigten Staaten erstmals darauf verzichtet haben, eine gegen Israels Vorgehen im Gazastreifen gerichtete Resolution im UN-Sicherheitsrat wegen der hohen Zahl ziviler Opfer und der katastrophalen humanitären Lage im Gazastreifen zu blockieren. Mit der Enthaltung stellt sich die USA sechs Monate nach Kriegsbeginn erstmals offen gegen Netanjahus Vorgehen im Krieg gegen die Hamas. Was es jetzt dringend braucht, ist eine dauerhafte Feuerpause. Für mich und die SPD ist klar, dass es für einen nachhaltigen Frieden eine Zwei-Staaten-Lösung braucht – auch wenn diese gerade weit entfernt zu sein scheint.

Die CDU unter ihrem Mächtetern-Kanzler Friedrich Merz, der unser Land bei jeder sich bietenden und vor allem nicht bietenden Gelegenheit schlecht redet, wo immer er kann, ohne auch nur eine sinnvolle Alter-



native anzubieten, hat sich auf den Sozialstaat eingeschossen: Die Pläne der CDU zum Umbau des Bürgergeldes sind reiner Populismus. Menschen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, haben erhebliche Probleme und benötigen wirksame Unterstützung zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt und keine Bestrafung. Unser SPD-Parteivorsitzender Lars Klingbeil hat die Forderungen der CDU zurückgewiesen. Es ist Aufgabe des Staates, Menschen in Not abzusichern, statt wirtschaftliche Stabilität und soziale Absicherung gegeneinander auszuspielen. Lest hierzu auch den Beitrag am [Ende des Newsletters](#).

Es hat mich sehr gefreut, dass die erste Stufe der Krankenhausreform mit dem [Krankenhaustransparenzgesetz](#) in der letzten Märzwoche den Bundesrat passiert hat. Damit schaffen wir mehr Transparenz im Gesundheitswesen: Patientinnen und Patienten erhalten ab dem [01. Mai](#) mit dem Krankenhaus-Atlas übersichtliche und verständliche Informationen über die Qualität von Krankenhäusern und die verfügbaren Leistungen. So hat jeder die nötigen Informationen, um eine fundierte und selbstbestimmte Auswahl zu treffen.

Es ist eine gute Nachricht für Lüdenscheid: Die Jahnhalle in Lüdenscheid erhält eine großzügige Förderung in Höhe von 1,5 Millionen Euro vom Bund! Als eure Bundestagsabgeordnete bin ich übergelukkig, dass wir dieses wichtige Projekt durchsetzen konnten. Es war ein echter Kraftakt, der sich gelohnt hat! ([Seite 4](#))

In diesem Monat besuchte ich zwei Schulen im Kreis Olpe, deren Besuch sich in jeder Hinsicht gelohnt hat! Am Europatag bin ich sehr gerne der Einladung der Bigge-Lenne-Gesamtschule in Finnentrop gefolgt und habe mit rund 60 Schülerinnen und Schülern über Fragen wie „Wozu brauchen wir die EU?“ oder „Was passiert, wenn Deutschland aus der EU austritt?“ diskutiert. Ich bin begeistert, wie gut die jungen Menschen über aktuelle Themen und die Errungenschaften der Europäischen Union informiert sind.

Die Gallenbergsschule in Olpe wurde Ende letzten Jahres als „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ausgezeichnet. Sie ist die erste Grundschule im Kreis Olpe, die diese Auszeichnung erhalten hat! Bei meinem jetzigen Besuch war ich sehr beeindruckt und möchte alle Grundschulen im Kreis aufrufen, diesem Beispiel zu folgen. Kinder sind unsere Zukunft und

der Respekt voneinander, den sie hier lernen, bleibt ([Seite 9](#) f.).

Ostern steht auch als Symbol für Hoffnung auf Frieden. Nicht nur die Ukraine und der Gazastreifen benötigen diesen dringend. Auch unsere Gesellschaft und jeder Einzelne sehnt sich nach Frieden. In diesem Sinne wünschen ich euch allen und euren Liebsten schöne Ostertage und ende mit einem der bekanntesten Worte unseres ehemaligen und unvergessenen Ehrenvorsitzenden Willy Brandt:

[„Ich identifiziere mich mit denen, die ein Gefühl existentieller Bedrohung haben: Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“](#)

Mit solidarischen Grüßen
Eure
Nezahat

Nezahat

INHALT

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde der SPD!	1
Bundesförderung von 1,5 Millionen Euro für die Jahnhalle	4
Lebhafte Diskussionen bei Kaffee und Kuchen.....	5
Jahreshauptversammlung der SPD Wenden	6
Stillen Heldinnen und Helden des Alltags	7
Kompakter Austausch mit 60 jungen Menschen über die EU	9
Bei uns ist Herz für alle da	10
Jeder Mensch verdient Respekt.....	11
Internationaler Frauentag.....	12
Traditionelle Ostereier-Verteilung und Europawahlkampf auf dem Markt in Attendorn.....	14
Kinderformularium – ein wichtiges Werkzeug für Kinderärzte	15
50 Jahre Seeheimer Kreis – ein Grund zum Feiern ..	16
Bewegung als wichtiger Beitrag zur Gesundheitsvorsorge	17
Ein Zeichen für Inklusion und Akzeptanz	18
Zahl des Monats.....	19



FROHE OSTERN



Bundesförderung von 1,5 Millionen Euro für die Jahnhalle

Die Jahnhalle in Lüdenscheid erhält eine großzügige Förderung in Höhe von 1,5 Millionen Euro vom Bund!

Als eure Bundestagsabgeordnete bin ich überglücklich, dass wir dieses wichtige Projekt durchsetzen konnten. Die energetische Komplettisanierung der Sport- und Veranstaltungshalle wird nun mit 75 Prozent Bundesförderung unterstützt. Ein echter Kraftakt, der sich gelohnt hat!

Die Jahnhalle ist ein einzigartiger und geschichtsträchtiger Ort in Lüdenscheid. Ihre Sanierung wird insbesondere unseren Jugendlichen zugutekommen. Nach den Herausforderungen der Coronapandemie ist dies ein starkes Signal.

Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss für ihre Unterstützung. Gemeinsam haben wir dafür gesorgt, dass unser Lüdenscheid die maximale Förderung erhält.



Ich freue mich auf eine zügige Umsetzung durch die Stadtverwaltung und auf viele unvergessliche Veranstaltungen in der Jahnhalle!

Lebhafte Diskussionen bei Kaffee und Kuchen

Zu Besuch bei der AG 60plus in Lüdenscheid. Gerne habe ich auch an diesem Nachmittag einen Bericht aus Berlin gegeben. Anschließend gab es bei Kaffee, Kuchen und leckeren Schnitten eine lebhaft Diskussions u.a. über die geforderten Taurus-Lieferungen (die inzwischen vom Bundestag abgelehnt wurden) und das Nein unseres Bundeskanzlers Olaf Scholz, aber auch über die weiterhin katastrophale Situation insbesondere im Gaza-Streifen und die Vertreibungen im Westjordanland, von denen mehr als 2 Millionen Palästinenserinnen und Palästinenser betroffen sind.



Anlässlich des Weltfrauentages und des Equal Pay Day verteilte ich Rosen an die Genossinnen und Genossen. Als SPD setzen wir uns für mehr Gleichberechtigung und gleiche Löhne ein und da klappt immer noch eine große Lohnlücke von 18% zwischen Frauen und Männern. Aber auch die Stabilisierung der Renten und eine gute Gesundheitsversorgung vor Ort und der Erhalt des Klinikums Lüdenscheid als Haus der Maximalversorgung waren weitere Themen.

Jahreshaupt- versammlung der SPD Wenden

Der SPD-Ortsverein Wenden lud seine Genossinnen und Genossen zur Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen und Jubilarehrung in die Zukunftswerkstatt Ottfingen ein. Allen Gewählten und Geehrten gratuliere ich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich!

Als Bundestagsabgeordnete berichtete ich über die aktuellen Themen in Berlin, so über den Krieg in der Ukraine, seine Folgen und auch über die Absage unseres Bundeskanzlers bezüglich der Taurus-Lieferungen an die Ukraine. Die Debatte war sehr lebhaft.

Weitere Themen waren der Internationale Frauentag, die Gleichstellung von Frau und Mann sowie die Europawahlen am 9. Juni und das Erstarren der Rechtsextremen.

Unsere Mitglieder sorgen sich auch um die Verteidigungsfähigkeit, sollten sich die USA bzw. NATO aus Europa zurückziehen. Breiten Raum nahm die Kommunal- und Kreispolitik im Kreis Olpe ein.

Die Ehrung der Jubilare rundete den schönen Abend ab.



Vorne von links: Landtagsabgeordnete Christin-Marie Stamm, Kassiererin Heike Pfeifer, stv. Vorsitzende und Jubilarin Sibille Niklas (40 Jahre), Vorsitzende Jutta Hecken-Defeld, Jubilar Thomas Wirtz (25 Jahre), Bundestagsabgeordnete Nezhahat Baradari. Hinten von links: Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit Christoph Hötte, Fraktionsvorsitzender und Jubilar Ludger Reuber (25 Jahre), Jubilar Lutz Schabelon (50 Jahre); Foto: SPD Wenden

Stillen Heldinnen und Helden des Alltags



Den Jahresempfang des SPD Kreisverbandes Olpe gibt es seit 26 Jahren. In diesem Jahr richtete der SPD-Ortsverein Kirchhundem die Veranstaltung gemeinsam mit dem Kreisverband aus. Wir dankten den stillen Heldinnen

und Helden des Alltags, unseren Ehrenamtlichen, die das Rückgrat unserer Gesellschaft im Kreis Olpe bilden. Preisträger in diesem Jahr sind die Dorfgemeinschaft Heimicke (Drolshagen), der Bürgerverein Kirchhundem und die Taverne Rahrbach.





Meine Rede zum Jahresempfang des SPD Kreisverbandes im Kulturgut Schrabben Hof, Silberg am 22. März 2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Jarosz, liebe Genossinnen und Genossen, sehr geehrte Gäste sowie geschätzte Vertreter der lokalen Presse,

ich freue mich sehr, Sie und Euch so zahlreich zu unserem diesjährigen Jahresempfang im wunderschönen Kulturgut „Schrabben Hof“ begrüßen zu dürfen.

Ehrenamt braucht gesellschaftliche Anerkennung und Kraft-

Das ist bei uns im SPD-Kreisverband Olpe zu einer schönen Tradition geworden: Seit 1998, also seit nunmehr 26 Jahren, ehren wir verdiente Bürgerinnen und Bürger oder Vereine für ihr besonderes ehrenamtliches Engagement.

Gerade in krisengeschüttelten Zeiten wie Krieg und Pandemie brauchen die Menschen Zuversicht, Hilfe und Hoffnung; sie brauchen Menschen, die ihnen zuhören, eine helfende Hand und menschliche Wärme.

Hoffnung ist das, was uns in den schwierigsten und dunkelsten Zeiten am Leben hält, dass sich alles zum Guten wendet und dass wir nicht allein auf dieser Welt sind.

Angesichts der internationalen Krisen und der angespannten Haushaltslage leben wir in schwierigen Zeiten. Wir stehen vor den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern und den Europawahlen, bei denen rechtspopulistischen Parteien viele Stimmen vorausgesagt werden. Und wir haben die Wahlen in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo sich mit der Wahl von Donald Trump Unheil ankündigt.

In Deutschland sind Rechtsextreme dabei, unsere Gesellschaft zu spalten und Rechtsextreme und Nationalisten versuchen, unseren Sozialstaat auszuhöhlen.

Wie komme ich zu diesem Thema?

Ich will Ihnen von dem Faschisten Höcke erzählen.

In seinem Mitte 2018 erschienenen Buch „Nie zweimal in denselben Fluss“ beschwört er einen „Volkstod durch Bevölkerungsaustausch“ und damit die zentrale Verschwörungstheorie der Neuen Rechten um Götz

Kubitschek und die Identitären. Als zentrales Ziel seiner Partei fordert Höcke die Säuberung Deutschlands von „kulturfremden“ Menschen. Damit meint er pauschal Asiaten und Afrikaner.

Man werde – so Höcke wörtlich weiter – „nicht um eine Politik der

wohltemperierten Grausamkeit“ herumkommen. Existenzbedrohende Krisen erforderten außergewöhnliche Maßnahmen.

Warum ich heute Abend den Faschisten Höcke in meine Rede eingebaut habe, werden Sie sich fragen.

Ich zitiere weiter aus seinem Buch, in dem Höcke auch feststellt, dass „wir leider ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind, mitzumachen“. Er denke an einen „Aderlass“.

Er trete für die Reinigung Deutschlands ein. Mit „starkem Besen“, einer „festen Hand“ und einem „Zuchtmeister“, der den „Saustall“ ausmistet.

Das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen, heute sind es Menschen mit Migrationshintergrund, die abgeschoben werden sollen. Morgen sind es Menschen mit Behinderungen und alte Menschen, die angeblich der Gesellschaft zur Last fallen und entsorgt werden müssen, oder Menschen, die einfach Hilfe in Ihrer Nachbarschaft, in Ihrem Dorf, in Ihrer Gemeinde brauchen.

Und hier kommen Sie, liebe Ehrenamtliche, ins Spiel. Sie, die Sie sich in Ihrem uneigennütigen Wirken einfühlsam um diejenigen in unserer Gesellschaft kümmern, die Hilfe und Liebe brauchen.

Sie sind es also, die als Ehrenamtliche den Höckes dieser Welt zeigen: Wir helfen Menschen, egal woher sie kommen, welcher Ethnie sie angehören oder wie sie aussehen. Sie helfen Menschen, weil sie einfach Menschen sind...

Bitte geben Sie Ihre Liebe weiterhin an die Menschen, die sie in unserem schönen Kreis Olpe am meisten brauchen.

Vielen Dank für Ihr Engagement!

Kompakter Austausch mit 60 jungen Menschen über die EU

Die Besuche in den Schulen meines Wahlkreises sind immer wieder spannend. Am Europatag bin ich gerne der Einladung der Bigge-Lenne-Gesamtschule in Finnentrop gefolgt und habe mit rund 60 Schülerinnen und Schülern über Fragen wie „Wozu brauchen wir die EU?“ oder „Was passiert, wenn Deutschland aus der EU austritt?“ diskutiert.

Ich bin begeistert, wie gut die jungen Menschen über aktuelle Themen und die Errungenschaften der Europäischen Union informiert sind.

Wir haben darüber gesprochen, warum man bestimmten politischen Strömungen nicht die Macht überlassen darf und welche Folgen das am Beispiel des Austritts Großbritanniens aus der EU haben kann.

Was es bedeutet, dass wir seit 70 Jahren Frieden in Europa haben, während in anderen Ländern beim Frühstück Raketen über die Köpfe fliegen.

Die EU hat uns auch eine starke Wirtschaft und Wohlstand gebracht, und der Euro ist nach wie vor eine starke Währung in der Welt.

In der EU legen wir großen Wert auf Rechtsstaatlichkeit. Jeder kann sein Recht einklagen, bis hin zum Europäischen Gerichtshof.

Und eine der schönsten Errungenschaften ist auch, dass man im Schengen-Raum ohne Visum und ohne Grenzkontrollen reisen kann.

Es war ein kompakter Austausch über alle EU-Themen, der gut zwei Stunden dauerte. Am Ende habe ich die Schülerinnen und Schüler nach Berlin eingeladen, worüber sie sich sehr gefreut haben. Schließlich bin ich auch Patin der Bigge-Lenne-Gesamtschule ;).



Bei uns ist Herz für alle da ...

An der Innenseite der Klassentür der Klasse 4 hängt eine bunte, selbstgemachte Collage mit 21 Leitsätzen, denen sich die Kinder verschrieben haben. Die ersten beiden lauten: „Wir helfen einander“ und „Wir haben einander lieb“. Diese Grundsätze sind Programm für die Katholische Grundschule auf dem Gallenberg. Die Schule in Olpe wurde im November 2023 als „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ausgezeichnet.



Sie ist die erste Grundschule im Kreis Olpe, die diese Auszeichnung erhalten hat.

Bei meinem Besuch der Gallbergsschule war ich sehr beeindruckt. Ich kann nur alle Grundschulen im Kreis aufrufen, diesem Beispiel zu folgen. Kinder sind unsere Zukunft und der Respekt voreinander, den sie hier lernen, bleibt.

Begrüßt wurde ich von dem Schülerparlament, der Inklusionspädagogin Frau Sasse und der Schulsekretärin Frau Selimanjin. Die Schülerinnen und Schüler im Alter von sechs bis neun Jahren waren sehr offen und neugierig. Wir stellten uns gegenseitig viele Fragen. Sie erklärten mir, wie sie die Schule für das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ angemeldet haben. Sie erklärten mir, dass Courage für sie bedeutet, dass alle Menschen gleich sind, unabhängig von ihrer Herkunft. Niemand wird beleidigt oder ausgeschlossen, unabhängig von Haut- und Haarfarbe, Aussehen, Sprache oder Hobbys.

Bevor die Gallbergsschule offiziell als „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ anerkannt wurde, hatte sich eine überwältigende Mehrheit der Schulangehörigen, darunter Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, Sozialpädagoginnen und -pädagogen sowie Hausmeister, in einer geheimen Abstimmung dafür ausgesprochen, sich aktiv gegen Diskriminierung, insbesondere Rassismus, einzusetzen.

Zum Abschied gab ich den Kindern mit auf den Weg, dass Courage auch bedeutet, eine eigene Meinung zu haben und STOP zu sagen, wenn andere ausgegrenzt oder verletzt werden. Ich habe mich sehr gefreut, diese Kinder kennenzulernen, sie sind gute Vorbilder und können stolz auf sich sein.

Übrigens: Der Deutsche Bundestag bietet mit dem Kinderportal Kuppelkucker eine Informationsplattform für Kinder, Eltern und Lehrer an. Das Portal ist unter www.kuppelkucker.de/ erreichbar.

Jeder Mensch verdient Respekt

Der 21. März ist der internationale Tag gegen Rassismus. Jeder Mensch verdient Respekt und die Chance, frei von Angst zu leben. Der internationale Tag gegen Rassismus erinnert uns daran, dass dieses Ziel leider noch nicht erreicht ist. Lasst uns gemeinsam für eine Welt ohne Vorurteile und Diskriminierung kämpfen! Denn unser Land ist bunt und vielfältig. Und das ist auch gut so!

Was ist Rassismus*

Rassismus äußert sich darin, dass Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Name oder Sprache offen oder subtil diskriminiert, ausgegrenzt oder abgewertet werden oder Gewalt gegen sie ausgeübt wird.

Die Ideologie geht zurück auf das 19. Jahrhundert und die falsche Vorstellung, dass sich „Menschenrassen“ durch verschiedene Charaktereigenschaften, Fähigkeiten und Wertigkeiten unterscheiden – ungleich sind.

Rassismus findet sich heute in unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen, ist nicht nur ein individuelles, sondern ein strukturelles Problem.

Die Situation in Deutschland

Ein Bericht des [Nationalen Diskriminierungs- und Rassismomonitors \(NaDiRa\)](#) von 2023 zeigt: Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen sind in Deutschland weit verbreitet.

Am stärksten betroffen sind Schwarze Menschen. Mehr als jede zweite Schwarze Person hat hierzulande schon in der Öffentlichkeit rassistische Diskriminierung erfahren.

Auch muslimische und asiatische Menschen erleben häufig Diskriminierung und Rassismus – u. a. im Kontakt mit Ämtern, Behörden oder der Polizei.

Rassismus begegnen

Es ist wichtig sich mit Rassismus auseinanderzusetzen, um rassistische Aussagen und Verhaltensweisen zu erkennen – bei sich und bei anderen.

Wenn du Diskriminierung und Rassismus erlebst oder beobachtest, suche dir Unterstützung und melde den Vorfall (s. [Amadeu Antonio Stiftung](#))

Zeige Haltung, wenn du Zeuge / Zeugin eines rassistischen Vorfalls wirst. Widerspreche, wenn Personen rassistische Aussagen tätigen.



* Aus: [Bundeszentrale für Politische Bildung](#)



Internationaler Frauentag

**Meine Rede beim Frauenpolitischen Brunch
im Café Extrablatt, Olpe,
am 09. März 2024**

Der 26. August 1910, ein Freitag vor 114 Jahren, ist als ein wichtiger Tag für alle europäischen Frauen in die Geschichte eingegangen: Über 100 Delegierte aus 17 Nationen trafen sich in Kopenhagen zur II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz.

Diese Konferenz war die Geburtsstunde des heutigen Internationalen Frauentages, der auch aus der sozialistischen und sozialdemokratischen Tradition heraus entstanden ist.

Auf Initiative amerikanischer Sozialistinnen, allen voran May Wood Simons, beschlossen die Teilnehmerinnen, den 1908 in den USA eingeführten Frauentag weltweit zu initiieren. Allein aus Deutschland reisten zwölf Delegierte an. Aus Deutschland an vorderster Front: die Frauenrechtlerin und Sozialistin Clara Zetkin und die Gewerkschafterin und Sozialdemokratin Käthe Duncker. Gemeinsam und einstimmig wurde die Einführung eines Frauentages beschlossen.

Auch wenn sich der 8. März erst viel später als festes Datum etablierte, begann mit der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz für die Frauen eine neue Ära im Kampf gegen Unterdrückung, politische Ignoranz, schlechte Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne, unzumutbare Arbeitszeiten sowie Wohn- und Lebensverhältnisse.

Viele Kämpferinnen folgten Clara Zetkin, wie Maria Juchacz, die 1919 die erste Rede einer Frau vor einem deutschen Parlament hielt und die erste Vorsitzende der AWO war.

Heute freue ich mich, dass hier Frauen sitzen, die in den verschiedensten Bereichen für die Rechte der Frauen kämpfen, in den Frauenhäusern, in der Kommunalpolitik, in den Ortsvereinen, in den Kreistagen, aber auch im Landtag, im Bundestag und im Europaparlament sowie in vielen ehrenamtlichen Funktionen.

Aber wir haben noch viel vor und deshalb freue ich mich, dass wir heute zwei sehr, sehr junge Frauen wie Luzia und Tamar Miriam unter uns haben.

Denn unser Einsatz für mehr Frauenrechte kommt ihnen und den kommenden Frauengenerationen zugute, wenn sie erwachsen sind und sich in einer hoffentlich nicht mehr männerdominierten Welt zurechtfinden müssen.

Auch nach 114 Jahren hat der Frauentag nichts von seiner Bedeutung verloren. Trotz unseres Grundgesetzes sind Frauenrechte in mancher Hinsicht leider nur auf dem Papier eine Selbstverständlichkeit geworden.

Eigentlich ist es beschämend, dass wir auch heute noch deutlich machen müssen: Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein unumstößliches Ziel moderner Gesellschaftspolitik. Und es gibt noch viel zu tun.

Zum Beispiel die gerechte Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit, mehr Frauen in Führungspositionen, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und eine gute Rente, die nicht vom Geschlecht abhängt.

Frauen sollen selbstbestimmt über ihre Familienplanung entscheiden und ihr Leben frei von Gewalt gestalten können.

Rechtsextreme und Ewiggestrige bis weit in die bürgerliche Mitte hinein versuchen, gleichstellungspolitische Erfolge zurückzudrehen. Das dürfen und werden wir nicht zulassen.

Seit einigen Tagen macht auch bei uns im Kreis Olpe der so genannte Gender Pay Gap die Runde.

Er beschreibt den Verdienstunterschied pro Stunde zwischen Frauen und Männern. Der [digitale Lohnatlas NRW](#) macht die Lohnungleichheit jetzt für alle sichtbar.

Und hier weist die Arbeitsmarktregion Siegen-Wittgenstein/Olpe laut einer [Pressemitteilung des Gleichstellungsministeriums](#) mit 23 Prozent die höchste Lohnlücke in NRW auf.

Ein paar Zahlen gefällig? Bitte sehr:

- In den einzelnen Wirtschaftszweigen liegt der Gender Pay Gap zwischen 7 und 30 Prozent (Durchschnitt: 18 Prozent).



Gruppenfoto beim Frauenpolitischer Brunch im Café Extrablatt, Olpe. Mit dabei: Christin-Marie Stamm, MdL (l.) und Birgit Sippel, MdEP (neben mir mit der roten Jacke)

- in den einzelnen Berufssektoren (Produktions-, Dienstleistungsberufe) zwischen 15 und 35 Prozent (Durchschnitt: 21,8 Prozent)
- bezogen auf das Anforderungsniveau (Helfer*in, Fachkraft, Spezialist*in, Expert*in) zwischen 15 und 27 Prozent (Durchschnitt: 21,5 %)
- Bezogen auf die Leitungsfunktion zwischen 16 und 31 Prozent (Durchschnitt: 23,5 %)
- Nach Berufsabschluss (akademisch, anerkannt oder ohne Berufsabschluss) zwischen 18 und 29 Prozent (Durchschnitt: 21,7 %)

Ich hoffe sehr, dass die durch den Lohnatlas transparent gemachten geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede zum klaren Nachteil von Frauen zu einem Umdenken führen, damit die Verwirklichung von Frauenrechten für alle selbstverständlich wird.

Dazu gehört auch der Schutz von Frauen gemäß der Istanbul-Konvention.

Denn noch immer wird jeden dritten Tag eine Frau von ihrem Partner oder Ehemann ermordet. Das sind 100 getötete Frauen pro Jahr und 200 Frauen, die einem Mordversuch ausgesetzt sind.

Care-Arbeit wird nach wie vor überwiegend von Frauen geleistet, sei es im Haushalt oder bei der Pflege von Familienangehörigen.

Frauen sind am stärksten von Armut betroffen und haben die niedrigsten Renten. Sie arbeiten überwie-

gend in Minijobs, prekären Arbeitsverhältnissen und schlecht bezahlten Teilzeit- oder Vollzeitstellen.

Alleinerziehende Frauen sind besonders benachteiligt. Mit der Grundrente und dem WohngeldPlus sowie der Kindergelderhöhung und dem Kinderfreibetrag versucht der Staat hier gegenzusteuern, aber Frauen dürfen niemals zu Bittstellerinnen degradiert werden.

In diesem Sinne, liebe Frauen, lasst uns solidarisch zusammenstehen. Margaret Thatcher, wohlgermerkt eine Konservative, hat einmal gesagt: Es gibt zwei Arten von Frauen, die in die Hölle kommen: böse Frauen und Frauen, die andere Frauen nicht unterstützen.

Ich habe oft Frauen gesehen, die sich mit Männern verbündet haben, um andere Frauen auszustechen, und selten Männer, die sich mit Frauen verbündet haben, um andere Männer auszustechen.

Liebe Frauen, halten wir also zusammen. Denn Zusammenhalt ist unsere Stärke und wird uns helfen, unsere Ziele, unsere Rechte und die Gleichstellung der Geschlechter endlich zu erreichen.

Ich bedanke mich für die Geduld und wünsche uns weiterhin spannende Diskussionen und ein gutes Miteinander! Und ein herzliches Dankeschön, liebe Christin-Marie, dass Du uns heute in diesem schönen Ambiente zusammengeführt hast. Deshalb bitte ich auch um einen großen Applaus für Dich!“

Traditionelle Ostereier-Verteilung ...



... und Europawahlkampf auf dem Markt in Attendorn

Mit (v. l.) Wolfgang Langenohl, Inga Ispording-Wache, Christian Pospischil, Ulrich Bock, Michael Hoberg, Marcel Schneider, Walter Sinzig und Guido Höffer.

Kinderformularium – ein wichtiges Werkzeug für Kinderärzte

Im Zuge der Haushaltsverhandlungen ist mir ein schöner Erfolg gelungen: Wir haben Finanzierung aus Bundesmitteln für das für Kinderärzte wichtige Werkzeug des Kinderformulariums auf den Weg gebracht. Das Kinderformularium ist ein unabhängiges Arzneimittelinformationssystem, das mit Hilfe von Apothekerinnen und Arzneimittelexperten entwickelt und betrieben wird. Auf der Website www.Kinderformularium.de können Kinderärzte die evidenzbasierte Dosierung für Arzneimittel recherchieren, die für Kinder und Jugendliche dringend benötigt werden, aber für die Altersklasse nicht explizit zugelassen sind.

Dieser sogenannte „Off-Label-Use“ ist im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin aufgrund der schwierigen Zulassungs- und Studienlage leider häufig notwendig. Tools wie das Kinderformularium sind für Kinderärzte ein wichtiges Instrument, um den Stand der Wissenschaft bei Verschreibung solcher Medikamente nachvollziehen zu können und so ihren Patienten bestmöglich zu helfen. Zwar werden auch Änderungen und neue Anreize beim Zulassungsprozess von Kinderarzneimitteln angestrebt, um künftig den Off-Label-Use einzudämmen. Bis diese allerdings wirksam sind und in der Versorgung ankommen, wird noch einige Zeit vergehen. Für mich war die Finanzierung des Kinderformulariums deshalb ein ganz besonderes Anliegen. 2024 stehen dafür 260.000 € bereit.

Mit den Verantwortlichen für das Kinderformularium, Prof. Antje Neubert und Prof. Joachim Wölfle von der Universität Erlangen, habe ich mich zu diesem Anlass gemeinsam mit meiner Bun-

destagskollegin Martina Stamm-Fibich auch in Berlin getroffen. Dabei durfte ich erfahren: Das Projekt hat auch eine europäische Dimension: Es bestehen Kooperation mit einigen europäischen Partnerländern, unter anderem Norwegen, den Niederlanden und Österreich. Im Verlaufe des Gesprächs wurde auch klar, dass es eine weitere Verstärkung der Finanzierung geben muss. Anstatt regelmäßig für Mittel im Haushalt zu kämpfen, wollen wir das Kinderformularium deshalb regelhafter finanzieren, um dem Projekt und seinen Mitarbeitern mehr Sicherheit zu geben. Die gute Nachricht: In unserer Diskussion konnten wir Strategien erarbeiten, wie man dies möglich machen kann. Ich hoffe, schon bald auch in dieser Hinsicht eine Erfolgsmeldung geben zu können.



50 Jahre Seeheimer Kreis – ein Grund zum Feiern

1974 gründeten spätere Parteigrößen wie u.a. Annemarie Renger, Gesine Schwan und Egon Franke den Seeheimer Kreis, damals unter einem sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt. Heute, 50 Jahre später, zum Jubiläum der Seeheimer, sitzt wieder ein Sozialdemokrat im Kanzleramt.

In würdigem Rahmen wurde der runde Geburtstag im Allianz Forum – direkt am Brandenburger Tor – gefeiert. Mit dabei: Zahlreiche amtierende und ehemalige Ministerinnen und Minister, Gründungsmitglieder, ehemalige Sprecher und viele meiner Abgeordnetenkollegen – weit über Fraktions- und Strömungsgrenzen hinweg. Unser Bundeskanzler Olaf Scholz ging in seiner Rede auf die besonderen Herausforderungen unserer Zeit im In- und Ausland ein. Er betonte den Zusammenhalt, der den Seeheimer Kreis immer stark gemacht habe und der ein Vorbild für die jetzige Regierungskoalition sein könne. „Unterhaken“ sei das Gebot der Stunde, rief er in den Saal. Diese Botschaft sandte er auch deutlich an unsere Koalitionspartner Robert Habeck und Christian Lindner, die in der ersten Reihe saßen.

Im Anschluss an Olafs Rede diskutierten beide auf dem Podium über die aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen Herausforderungen. Es war zu spüren, dass der Vizekanzler und der Finanzminister den Ernst der Lage verstanden haben. Sie bekräftigten, dass die Zusammenarbeit in Zukunft harmonischer verlaufen müsse. Gemeinsame Erfolge wie das Bürgergeld oder die Anhebung des Mindestlohns sowie das von Bundeskanzler Olaf Scholz angebotene Bündnis zur Modernisierung des Landes wurden hervorgehoben. Aber auch, dass wir uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen können. Denn das billige russische Gas und die bisherige vorbehaltlose Unterstützung durch die USA fielen weg. Zudem drängten andere Staaten wie



China und andere Industrienationen auf den Weltmarkt und würden uns Konkurrenz machen. Deutschland stehe daher in einem harten Wettbewerb mit anderen Ländern, den wir nur bestehen können, wenn wir Technologie, Innovation und künstliche Intelligenz für uns nutzen. Energieunabhängigkeit vom Ausland durch eigene erneuerbare Energien und Klimaneutralität streben wir bis 2030 an, um unsere heimische Wirtschaft mit eigener Energie zu versorgen. Der Bundeskanzler betonte, dass die Abschaffung von Hartz IV, die Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent sowie eine Rentenerhöhung und überhaupt ein Sozialstaat ein Garant für Wohlstand sind und Deutschland stark gemacht haben. Auch unser Parteivorsitzender Lars Klingbeil und unser Fraktionsvorsitzender Rolf Mützenich erinnerten an die historischen Errungenschaften der Seeheimer und der SPD. Im Anschluss an den offiziellen Teil hatte ich Gelegenheit, mich in lockerer Atmosphäre mit einigen langjährigen Genossinnen und Genossen über aktuelle Themen auszutauschen – als besonderes Highlight auch mit unserem Bundeskanzler.

Bewegung als wichtiger Beitrag zur Gesundheitsvorsorge

Der 2. Bewegungsgipfel der Bundesregierung bringt Köpfe aus Politik, Sport und Gesundheit zusammen, um die Zukunft der Bewegungsförderung in Deutschland zu gestalten.

Eingeladen hatten die Bundesministerin des Innern und für Sport, Nancy Faeser, und der Bundesminister für Gesundheit, Prof. Dr. Karl Lauterbach. Aber auch viele weitere Expertinnen und Experten nahmen am Bewegungsgipfel teil.

Gemeinsam wurde über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Sport und Bewegung diskutiert. Inhaltliche Highlights waren die Vorstellung des Sportentwicklungsplans, die Diskussion der Ernährungsstrategie „Gutes Essen für Deutschland“ und der Runde Tisch „Bewegung und Gesundheit“. Auch das Sportprogramm fand ich sehr interessant.

Der Bewegungsgipfel war für mich auch deshalb spannend, weil Bewegung einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge leisten kann. So hat regelmäßige körperliche Aktivität nachweislich positive Auswirkungen auf den Body-Mass-Index (BMI) und kann das Risiko für Typ-2-Diabetes senken, indem sie die Insulinempfindlichkeit der Zellen verbessert und den Kalorienverbrauch erhöht.

Aus gesundheitspolitischer Sicht ist es daher wichtig, neben dem Spitzensport auch den Breitensport zu stärken – vor allem für Kinder und Jugendliche, die davon besonders profitieren: Das ist zum Beispiel der Fall, wenn sie aus schwierigen sozioökonomischen Verhältnissen kommen, Sprachbarrieren oder Behinderungen haben. Denn regelmäßiges Sporttreiben stärkt die physische und psychische Gesundheit nachhaltig.



Zusammen mit (v. l.) Herbert Wollmann MdB, Nancy Faeser (Bundesministerin des Innern und für Heimat), Gesundheitsminister Karl Lauterbach und Frank Ullrich MdB



Ein Zeichen für Inklusion und Akzeptanz

Der 21. März Welt-Down-Syndrom-Tag. Ein Tag, um die Vielfalt und die einzigartigen Talente von Menschen mit Downsyndrom zu feiern und gemeinsam ein Zeichen für Inklusion und Akzeptanz setzen! Die bunten Socken, die ich im Bild trage, sind ein Symbol dafür: Sie stehen für die Unterschiedlichkeit und Schönheit in uns allen. Der Tag wurde 2006 ins Leben gerufen und findet seit 2012 unter dem Dach der Vereinten Nationen statt. Er ist in jedem Jahr am 21. März.

Zahllose Initiativen und Verbände machen an diesem Tag mit Aktionen und Veranstaltungen auf das Leben mit Down-Syndrom aufmerksam. Denn nach wie vor kämpfen Betroffene gegen Vorurteile und Diskriminierung in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt.

In Deutschland leben zwischen 30.000 und 50.000 Menschen mit dem Down-Syndrom, einer genetisch bedingten Entwicklungsstörung. Jedes 800. Kind wird mit dieser genetischen Auffälligkeit geboren. Moderne medizinische Verfahren haben die Überlebensrate erhöht, so dass diese Patienten in Sport, Literatur und in allen anderen Lebensbereichen große Erfolge für sich und die Gesellschaft verbuchen können.



© Paul Alexander Probst

Foto: Paul Alexander Probst



Zahl des Monats

Die CDU plant eine drastische Änderung des Bürgergelds. Ein Konzept sieht vor, dass Leistungen gestrichen werden, wenn Menschen sich weigern zu arbeiten. Laut einer [Statista-Grafik](#) mit Daten der Bundesagentur für Arbeit betrifft dies jedoch nur eine sehr kleine Gruppe von Hilfebedürftigen. Im Jahr 2021 waren nur 1,4 Prozent bzw. rund 52.000 Menschen von Leistungsmin- derungen betroffen, die aufgrund der Verweigerung der Aufnahme oder Fortführung einer Arbeit gegen sie verhängt wurden. In den Vorjahren lag dieser Anteil auf ähnlich niedrigem Niveau.

Die Pläne der CDU zum Umbau des Bürgergeldes wurden von großen Sozialverbänden als populistisch kritisiert. Menschen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, haben erhebliche Probleme und benötigen wirksame Unterstützung zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

Auch unser SPD-Parteivorsitzende Lars Klingbeil hat die Forderungen der CDU völlig zurückgewiesen. Es ist richtig, dass der Staat Menschen in Not absichert. Der [Tagesschau](#) vom 16. März sagte er, dass wir andere Debatten führen müssen als Angriffe auf den Sozialstaat. Er warf CDU und CSU vor, wirtschaftliche Stabilität und soziale Absicherung gegeneinander auszuspielen.

Nur sehr wenige Hilfebedürftige verweigern die Arbeit

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach SGB II und sanktionierter Anteil wg. Verweigerung von Arbeit

■ Anteil Leistungsminderungen wg. Verweigerung von Arbeit*



* Weigerung der Aufnahme oder Fortf. einer Arbeit, Ausbildung, Maßnahme oder eines geförderten Arbeitsverhältnisses

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statista-Berechnung

